

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

wir sagen als LINKE: „Hartz IV muss weg!“ Und machen zugleich im Interesse der Betroffenen Verbesserungsvorschläge: Erhöhung des Regelsatzes, Sanktionsfreiheit etc. Die von uns ebenfalls abgelehnte Schuldenbremse hat gar Verfassungsrang – sie steht im Grundgesetz. Übrigens auch dank Peer Steinbrück (SPD), der als damaliger Bundesfinanzminister die Schuldenbremse 2009 als „Entscheidung von historischer Dimension“ gepriesen hat.

Deshalb sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass wir für die Menschen die Folgen der Schuldenbremse entschärfen. Genau das wollten wir für Sachsen tun: Nach dem von uns mit den anderen vier demokratischen Fraktionen ausgehandelten Kompromiss zu Änderungen der Landesverfassung können schon bei Steuermindereinnahmen von nur drei Prozent im Vergleich zum Durchschnitt der letzten vier Jahre Kredite aufgenommen werden.

Zugleich muss der soziale Ausgleich bei der Aufstellung von Landeshaushalten künftig als neuer Grundsatz neben Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden. Die Kommunen wiederum bekommen die Kosten für ihnen übertragene Aufgaben garantiert umfassend erstattet – ein großer Fortschritt. Da die Bundesspitze unserer Partei sich zwar vorstellen kann, Steinbrück zum Kanzler zu wählen, aber unser Verhandlungsergebnis für untragbar hält, gibt es nach dem Kleinen Parteitag einen Stopp für unsere Absicht. Ich sehe Handlungsbedarf – als gemeinsame Aufgabe der LINKEN in Sachsen und im Bund.

Rico Gebhardt

Ihr Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Öffentliche Dienste sind Mehrwert“

Mit der Debatte zum Öffentlichen Dienst platzierte die Fraktion DIE LINKE ein für die Koalition unangenehmes Thema auf der Tagesordnung der Januar-Sitzung des Sächsischen Landtags, schließlich hatte Schwarz-Gelb gerade den Landesbediensteten in jüngster Zeit übel mitgespielt. Ob untertariflich bezahlte Lehrkräfte, zu längeren Arbeitswegen gezwungene Landesbeamte oder um das Weihnachtsgeld geprellte Bedienstete – ihr Frust ist groß, konstatierte **Sebastian Scheel** von der LINKEN: „Manch einer ist der Auffassung, dass mit der Verabschiedung des Staatshaushaltes die Welt auch im Personalbereich wieder in

Ordnung ist. Dem ist mitnichten so; denn beim Personal im öffentlichen Dienst haben wir es in Sachsen mit einer Großbaustelle zu tun, die uns noch Jahre beschäftigen wird.“

Neben tariflicher Ungleichbehandlung kritisierte der Finanzexperte der Fraktion DIE LINKE, dass es in Sachsen noch immer keine Dienstrechtsreform gibt, und bescheinigte der Koalition in dieser Frage „ein gehöriges Maß an Faulheit.“ Beim Thema Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) geht Scheel davon aus, dass diese „ein Fall für die Gerichte“ werden. Als dritte Baustelle beim öffentlichen Dienst hat DIE LINKE den Streit um

den Demografie-Tarifvertrag ausgemacht: „Dass es jetzt notwendig ist, dass sich die Lehrer erst mal das Recht erstreiken müssen, mit ihren Dienstherrn das Gespräch darüber führen zu dürfen, schlägt dem Fass den Boden aus“, so Scheel. Last but not least verwies der Redner auf die Verwaltungsreform und mutmaßte, „dass die Staatsregierung sich mit der Verwaltungs- und Funktionalreform vielfach auch der eigenen Defizite entledigt hat“. Hintergrund ist, dass seit 2008 auf die kommunale Ebene nicht nur Mitarbeiter, sondern auch eine Menge Probleme, wie eine ungenügende Ausfinanzierung und fehlende Fachkräfte, verlagert wurden.



Kein Mensch ist illegal – LINKE, SPD und GRÜNE für Abschiebestopp

Nicht zum ersten Mal legten die Fraktionen DIE LINKE, GRÜNE und SPD dem Landesparlament einen gemeinsamen Antrag vor. Am 30. Januar 2013 ging es dabei um einen Abschiebestopp für Asylsuchende aus den Balkanstaaten. Mit ihrem Antrag folgten die Fraktionen ihrer politischen Grundhaltung ebenso wie der Forderung des Netzwerkes „Asyl-Migration-Flucht“. Eine besondere Brisanz erhielt der Antrag durch die kurz zuvor bekannt gewordene Abschiebung von 78 Personen aus Sachsen, darunter mehrere Familien mit Kindern.

Im Zuge der Landtagsbefassung des Antrages „Abschiebestopp von Roma, Ashkali (ethnische Minderheit im Kosovo) und Balkan-Ägyptern

in die Staaten der Balkanhalbinsel“ schlug der Sächsische Ausländerbeauftragte Dr. Martin Gillo vor, den Antrag noch nicht im Plenum abstimmen zu lassen und stattdessen in den Innenausschuss zu überweisen. Gillo warb dafür, sich vor einer Entscheidung über die konkrete Situation und Lebensbedingungen der Roma, Ashkali und Balkan-Ägypter zu informieren.

Die Sprecherin für Migrationspolitik der Fraktion DIE LINKE, **Freya-Maria Klinger**,



begrüßte den Vorschlag und hofft nun auf eine sachliche Debatte im Innenausschuss: „Ich gehe allerdings davon aus, dass Innenminister Markus Ulbig bis zur endgültigen Abstimmung keine weiteren Abschiebungen in die Länder der Balkanhalbinsel veranlassen wird. Im Gegensatz zu Sachsen haben andere Bundesländer längst einen Winterabschiebestopp beschlossen.“, so Klinger.

© Bobo - Fotolia.com

Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

In Sachsen gilt über ein Viertel aller Kinder und Jugendlichen als arm. Im bundesweiten Vergleich belegt der Freistaat damit einen unrühmlichen fünften Platz, schlechter sind nur noch Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin. Um endlich etwas gegen diesen Missstand zu tun, legte Sachsens Fraktion DIE LINKE einen Antrag für „Maßnahmen gegen die Kinderarmut“ vor und forderte die Staatsregierung auf, im Bundesrat für die Einführung einer Kindergrundsicherung und eine grundlegende Reform des Bildungs- und Teilhabepaketes einzutreten. Beides sieht DIE LINKE als erste Schritte auf dem Weg in eine kindergerechtere Gesellschaft.

Kinder haben eigene Rechte

„Kinder sind keine kleinen Langzeiterwerbslosen, sie müssen mittelfristig komplett raus aus dem SGB II“, argumentierte die familienpolitische Fraktionssprecherin **Heike Werner** und kritisierte, dass die ökonomische Leistungsfähigkeit der Eltern die Teilhabemöglichkeit

keiten der Kinder bestimmt: „Kinder bilden jedoch eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenem Anspruch auf gesellschaftliche Ressourcen und brauchen somit eine eigenständige ökonomische Sicherung.“



liche Transferleistungen für Kinder wie Kindergeld, Kinderfreibetrag oder Kinderzuschlag zusammenfassen, empfehlen die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina und die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften in ihrem jüngsten Forschungsbericht „Zukunft mit Kindern“, wo es heißt:

„Eine Kindergrundsicherung bündelt sämtliche kindbezogenen Transferleistungen in einer einzigen existenzsichernden und zu steuernden Leistung für alle Kinder. [...] Ziel ist die unmittelbare Sicherung des materiellen Wohlbefindens von allen Kindern, eine erwünschte Folge ist die Gleichstellung unterschiedlicher familiärer Lebensformen. Gleichzeitig hat die Kindergrundsicherung den Vorteil, eine Stigmatisierung von Familien durch Bedürftigkeitsprüfungen zu vermeiden, da grundsätzlich alle Familien von der Leistung profitieren und eine entsprechende Umverteilung über die Besteuerung erfolgt.“

Das sieht DIE LINKE genauso, nicht aber die schwarz-gelbe Koalitionsmehrheit in Sachsen. Diese lehnte den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Bildungs- und Teilhabepaket ist Murks

Eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen, braucht Zeit. Diese müsse, so DIE LINKE, genutzt werden, um das vermurkste Bildungs- und Teilhabepaket finanziell bedarfsgerecht auszustatten und den realen Möglichkeiten anzupassen. Seit der Einführung des Prestigeobjekts von Bundesministerin von der Leyen haben maximal 70 Prozent der Berechtigten einen Antrag auf Mittel aus dem Teilhabepaket gestellt. Das Problem:

Mit dem finanziellen Zuschuss wurde vorrangig das Mittagessen für die Kinder bezahlt, nicht aber bspw. Förderunterricht oder die Mitgliedschaften in einem Verein. „Das Programm ignoriert zudem oft lokale Infrastrukturen. Mancherorts gibt es die förderfähigen Angebote gar nicht, woanders fehlt es an Mobilität. Außerdem wird das Bürokratiemonster mitunter zweckentfremdet und stopft die Haushaltslöcher der Kommunen. Auch deshalb gehört das Teilhabepaket langfristig zugunsten einer bedarfsgerechten Kindergrundsicherung abgeschafft“, so Heike Werner.

An Kindergrundsicherung führt kein Weg vorbei

Mit einer universellen Kindergrundsicherung ließen sich sämt-

Hasse mal
nen Euro?



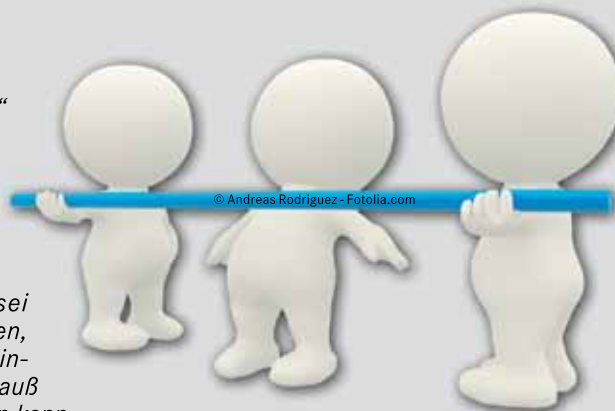
Niveaulimbo*

Der Landtagsabgeordnete Alexander Krauß von der CDU hat den Niveaulimbo der Januar-Plenarsitzung klar gewonnen. Neidlos gratulieren wir. Obwohl es ein LINKER-Antrag war, der ihm dazu verhalf. „Maßnahmen gegen die Kinderarmut“ hatte die Fraktion DIE LINKE gefordert und der Staatsregierung eine Stellungnahme abverlangt. Dabei hatte das Madigmachen der Familienförderung auf Bundesebene noch gar nicht begonnen!

Wie dem auch sei, dem Christdemokraten reichte der Antrag der LINKEN, um sich in Ekstase zu reden. Womöglich berauscht von der Brillanz der eigenen Ablehnungsrede schmiss der CDU-Mann kurzerhand „Betreuungs-

geld“ und „Bildungspaket“ in einen Topf, rührte kräftig um und krenzenzte dem Hohen Hause schließlich ein recht merkwürdiges Gerü(i)cht. DIE LINKE, suggerierte Krauß, sei gegen Bares für Familien, weil dieses nicht den Kindern zu Gute kämen. Krauß wörtlich: „Sie sagten, man kann den Eltern auf keinen Fall das Geld geben, das man für die Kinderbetreuung ausgibt, denn sie würden es ja versaufen, wenn man die Kinder zuhause lässt.“

Das wiederum schmeckte nicht nur Dr. Dietmar Pellmann nicht. Der LINKE-Sozialexperte intervenierte, wies die „ehrenrührige



mann an, ihn hoch-offiziell einen „Lügner“ nennen zu wollen. Das machte sich bestimmt auch gut als Gravur am Niveaulimbo-Siegerpokal. efa

Unterstellung“ zurück und forderte den CDU-Redner auf, „anhand der Plenarprotokolle der letzten zehn Jahre“ den Beweis anzutreten, wann die PDS/Linksfraktion.PDS/DIE LINKE jemals Derartiges verlaubar hätte. Für den Fall, dass Krauß dies nicht gelänge, kündigte Pell-

* „Niveaulimbo“, war Jugendwort des Jahres 2010 und umschreibt das drastische Absinken des Niveaus. Beim karibischen Tanzspiel Limbo geht es darum, mit nach hinten gebeugtem Rücken unter einer waagrechten Stange durchzuhüpfen. Sieger wird, wer die immer tiefer angebrachte Stange dabei nicht berührt.

Setzen, Sechs! Dresche auf 130 Seiten

Nun liegt er also vor, der Expertenbericht über Sachsens Geheimdienst. Innenminister Ulbig hatte das „unabhängige Kontrollgremium“ im August vergangenen Jahres eingesetzt. Parlament und die für die Kontrolle des Verfassungsschutzes zuständige Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) erfuhren davon pikanterweise erst aus der Zeitung. Zudem sorgte die Besetzung der Kommission mit der früheren Generalbundesanwältin Harms, dem Ex-Präsidenten des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Rannacher und dem früheren Chef des Landesrechnungshofes Heigl – zumindest im Fall der beiden Erstgenannten für Kritik. Ähnlich autistisch wie mit der Einsetzung der Kommission verfuhr Ulbig jetzt mit der Präsentation der Untersuchungsergebnisse: Erst die Presse, dann die Parlamentarier. Wir sprachen mit **Kerstin Köditz**, Mitglied der LINKEN in der PKK, über den 130-Seiten-Bericht.

Frau Köditz, welches Zeugnis stellt die Expertenkommission dem Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) aus?

Frau Harms meint, es handele sich um ein „ordentlich arbeitendes Amt“. Wenn ich allerdings die von den handverlesenen Experten genannte Mängelliste durchgehe und das katastrophale Urteil des Datenschutzbeauftragten über die Zustände im Geheimdienst hinzufüge, müsste das Fazit ganz anders lauten. Nämlich: **Setzen, 6!** Und da meine ich nicht nur die Tatsache, dass im LfV Mitarbeiter

eingestellt wurden, die erst Monate danach die notwendige Grundausbildung erhielten und sich später wohl auch noch als fortbildungsresistent erwiesen.

Der Bericht mündet in eine Reihe von Handlungsvorschlägen. Wie bewerten Sie diese?

Minister Ulbig spricht sogar hochtrabend von einer „neuen Philosophie“. Wenn es denn eine sein sollte, dann ist sie weder durchdacht, noch systematisch. Wir haben alles falsch gemacht, was man falsch machen konnte und deshalb brauchen wir jetzt noch mehr Kompetenzen und weniger Kontrolle. Ich will hier nur zwei Punkte anführen. So soll ein sogenannter „Verfassungsschutzbeauftragter“ ernannt werden, der mehr Kompetenzen hat, als die Kontrollkommission. Eingesetzt würde der Beauftragte vom Minister, womit seine Unabhängigkeit schon wieder dahin wäre. Und er müsste nur dann an den Sitzungen der PKK teilnehmen, wenn deren Vorsitzender (Prof. Günther Schneider, CDU) es fordert...

Daneben soll „ein Projekt zur Stärkung der Zivilcourage gegen Extremismus“ ins Leben gerufen und „stärker in der Präventionsarbeit vor Ort“ gearbeitet werden. Obwohl der Geheimdienst seine jetzigen Aufga-



© Matthias Balzer / PIXELIO

ben nicht erfüllt, sollen diese also noch ausgeweitet werden. Der Geheimdienst hat in der Bildungsarbeit nichts, aber auch gar nichts zu suchen! Zudem drängt sich mir der Eindruck auf, dass die gute Arbeit zivilgesellschaftlicher Projekte wie der Mobilien Beratungsteams durch die inkompetente und ideologisch verzerrte Arbeit der Schlapphüte ersetzt werden soll. Käme es so, wäre das skandalös.

Die Kommission empfiehlt, beim LfV mehr Personal im gehobenen Dienst zu beschäftigen...

... womit aber auch keine Analysekompentzen geschaffen wäre. Das sächsische Landesamt ist aber nicht nur inkompetent, sondern insgesamt eine Gefahr für die Demokratie. Man kann es nicht reformieren, man muss es abschaffen! Alles dreht sich beim Geheimdienst um den Schutz des Staates. Uns geht es um den Schutz der Grund- und Bürgerrechte. Dafür wollen wir ein unabhängiges wissenschaftliches Institut schaffen, das natürlich ohne geheimdienstliche Mittel arbeitet. Dazu bringen wir als LINKE auch demnächst einen Gesetzentwurf ein.

Dr. André Hahn, Fraktionssprecher für Innenpolitik und Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK), kommentiert den Bericht der Expertenkommission wie folgt:

„Der Bericht enthält wenig Neues, vor allem aber fehlen durchgreifende Konsequenzen: Keine erkennbare Neuorganisation des LfV, keine personellen Veränderungen infolge der Pannenserie der letzten Monate. Selbst am umstrittenen V-Leute-System soll festgehalten werden.“

Die vorgeschlagene Einsetzung eines Verfassungsschutzbeauftragten taugt zudem nicht, die Kontrolle des LfV zu verbessern, da diese Person von der regierungstragenden Mehrheit gewählt werden würde. Was wir hingegen wirklich brauchen, ist eine Stärkung der Kontrollrechte der bereits bestehenden PKK, der eben auch Vertreter der Opposition angehören!

Was die so genannten Experten zur Arbeit der PKK und der G-10-Kommission ausführen, zeugt von großer Unkenntnis über die tatsächlichen



Abläufe in diesen Gremien. Das allerdings kann kaum verwunden, denn die Experten haben sich kein einziges Mal mit den Mitgliedern der genannten Gremien getroffen. Angeblich habe es Gespräche mit den beiden Vorsitzenden gegeben, die natürlich beide der CDU angehören.

Die Vorschläge der Kommission taugen nicht für einen wirklichen Neuanfang beim sächsischen Verfassungsschutz. Deshalb bleibt es bei unserer Forderung nach einer geordneten Abwicklung des Landesamtes und Überführung in eine Informations- und Dokumentationsstelle ohne geheimdienstliche Befugnisse.“



Plenarspiegel Januar 2013

Am 30. und 31. Januar 2013 fanden die 69. und 70. Sitzung des Sächsischen Landtags statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte:

– „**Öffentliche Dienste sind Mehrwert**“

Entschließungsantrag:

– zur Fach-Regierungserklärung „**300 Jahre Nachhaltigkeit** – Jubiläum einer Idee aus Sachsen“ (Drs 5/11174)

Anträge:

– „**Maßnahmen gegen die Kinderarmut**“ (Drs 5/9109)

– „Arbeit der **Expertenkommission zur Neuordnung des Landesamtes für Verfassungsschutz**“ (Drs 5/11099)

– gemeinsamer Antrag der Fraktionen GRÜNE, DIE LINKE und SPD: „**Abschiebestopp von Rom, Ashkali und BalkanÄgyptern** in die Staaten der Balkanhalbinsel“ (Drs 5/11064)

Die Beschlussempfehlungen und Berichte der Ausschüsse (Sammeldrucksache 5/11059) enthielten folgende Anträge der Fraktion DIE LINKE:

– „**Perspektive der Berufsbildung in Sachsen**“ (Drs 5/10062)

– „**Verbot und Auflösung des neonazistischen ‚Freien Netzes‘** und seiner tragenden Strukturen – jetzt!“ (Drs 5/7428)

– „**Unterbindung des Wirkens von Strukturen von ‚Blood & Honour‘ und der ‚Hammer-skin Nation‘** in Sachsen sowie deren Unterstützernetzwerke“ (Drs 5/8218)

– „**Konsequente Bekämpfung des ‚Freien Netzes‘** nach dem Vorbild Bayerns vorantreiben“ (Drs 5/9205)

Auf Vorschlag der Ausschüsse lehnte die Landtagsmehrheit diese Anträge ab.

Drucksachen (Drs) und Redebeiträge unter www.linksfraktion-sachsen.de

Dresden, 13. Februar 2013: No pasaran reloaded!

„Die Nazis konnten keinen Meter marschieren und scheiterten zum vierten Mal in Folge mit dem Versuch, das Gedenken an die Zerstörung Dresdens zu missbrauchen“, freute sich der Fraktions- und Landesvorsitzender der LINKEN in Sachsen, Rico Gebhardt, am Abend des 68. Jahrestags der Bombardierung der Stadt. Dabei war es keineswegs selbstverständlich, dass dieser 13. Februar ein guter Tag für die Demokratie und ein Erfolg der Zivilcourage werden würde. Nach der Kriminalisierung der Nazi-Gegner der vergangenen Jahre, dem tausendfachen Abgreifen von Handydaten, aberwitzigen Anklagen und Prozessen gegen diejenigen, die sich dem braunen Mob in den Weg gestellt hatten, Häuserstürmung und Gummigeschosse verballernden Polizisten musste durchaus mit allem gerechnet werden. Dass es diesmal anders kam, dafür sorgten zuvörderst die rund 15.000 Menschen, die die Stadt auf vielfältige Weise bevölkerten und stellenweise für die angereisten Geschichtsrevisio-nisten unpassierbar machten. Aber auch die veränderte Polizeistrategie

mit dem postulierten Willen, den Nazis nicht den Weg frei räumen zu wollen, war ein wichtiges und wirksames Zeichen. Rico Gebhardt dankte den rund dreieinhalbtausend Polizeibeamten aus Sachsen und den anderen Bundesländern für ihre Besonnenheit: „Dies gilt umso mehr, als die Bedingungen in diesem Jahr schwierig und oftmals sehr unübersichtlich gewesen sind. Trotzdem ermöglichte die Polizei beherzt die vielerorts stattfindenden Manifestationen des Protests gegen Nazis und unterstützte so maßgeblich demokratische Kultur.“

Keinen Handlungsbedarf gab es für die Uniformierten auch beim „Mahngang Täterspuren“, der mit ca. 3.000 Teilnehmer/innen einen besonderen Zulauf erfuhr. Auch Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE und anderer demokratischer Parteien hatten sich eingereicht und waren an die vier Kilometer mit durch die Stadt gelaufen, um an früheren Nazi-Wirkungsstätten anzuhalten und mehr darüber zu erfahren. Als Auftaktredner für den von LINKE-MdL Falk Neubert



Mittendrin: LINKE-Fraktions- und Landesvorsitzender Rico Gebhardt

angemeldet und dem Bündnis „Dresden nazifrei“ ausstatteten „Mahngang“ sprach Aiman Mayzek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime. Vis-a-vis der Synagoge wandte sich die Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Nora Goldenbogen an die Demonstranten.

„Die Stadt sollte im nächsten Jahr die Menschenkette eine Stunde eher beginnen lassen, damit es

noch mehr Menschen möglich wird, am Protest in Sicht- und Hörweite der Nazi-Aktionen teilzunehmen“, wünscht sich Rico Gebhardt und mahnt: „Wie in Dresden müssen auch in anderen Städten den Nazis die Straßen und Plätze genommen werden. Das geht nur im Zusammenspiel der gesellschaftlichen Kräfte. Es gilt, wachsam zu bleiben: 365 Tage im Jahr – und das überall im Land!“



Fotos: eifa

Lesen+++Hingehen+++Ansehen+++Lesen+++Hingehen+++Ansehen

Buch-Tipp

Durchaus zur Kontroverse taugt das Buch „Gedenken abschaffen. Kritik am Diskurs zur Bombardierung Dresdens 1945“, das zu Jahresbeginn im Verbrecher Verlag Berlin erschienen ist. Auf 345 Seiten beleuchtet das herausgebende „Autorenkollektiv Dissonanz“, wie unterschiedlich und konträr man in Sachsens Landeshauptstadt mit den Ereignissen vor 68 Jahren umgeht. Deutlich wird der Opfermythos Dresdens hinterfragt und der Charakter der Stadt unter Hitler beschrieben. Wer sich also fragt, ob man überhaupt gedenken soll, und wenn ja, was und vor allem wie, der kann 15 Euro investieren und sich hier den einen oder anderen Denk-anstoß holen.

Ausstellungs-Tipp

(1) Noch bis 2. April ist die Exposition „Rechtsextreme Gewalt in Deutschland 1990–2013“ mit Fotos von Sean Gallup im Militärhistorischen Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden am Olbrichtplatz 2 zu sehen. Mit Bildern und Texten rückt die Ausstellung den aktuellen deutschen Rassismus und Neo-Faschismus samt seiner Folgen ins Rampenlicht, Motive werden hinterfragt und Zusammenhänge hergestellt. Die Portraitierten – Täter wie Opfer – konfrontieren den Besucher dabei mit ihrer Geschichte.
(2) Sehr sehenswert ist auch die aktuelle Sonderschau „Stalingrad“, die noch bis zum 30. April im MHM zu sehen ist und anlässlich des siebzigsten Jahrestages der „Schlacht

um Stalingrad“ entstand. Mehr Infos unter: mhmbw.de.

Extra-Tipp

... und wenn Sie schon mal zum Dresdner MHM reisen, sollten Sie auf keinen Fall ihre Kamera vergessen, denn das (!) Objekt fürs Objektiv steht direkt davor – und trägt Strick. Unter dem Motto „Auf ins Geflecht“ haben bis zu 80 Menschen aus Dresden und Umgebung seit Ende 2012 die Nadeln klappern lassen und einen echten Leopard-Panzer „eingekleidet“. 36 Kilo Wolle nahmen dabei Form an und setzen jetzt ein flauschig-buntes Ausrufezeichen gegen Krieg und Gewalt. Hingehen! Denn so was sehen Sie garantiert so schnell nicht noch mal wieder ...

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de

www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag